



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 23.04.2009

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Donnerstag, 30. April 2009, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 09-A-05-0001

Genehmigung der Niederschrift

Bereich Kultur:

2. 09-F-06-0018

Künftige Nutzung Zollamt und Zollspeicher in Biebrich
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 22.04.2009-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, wie der derzeitige Sachstand ist bezüglich der Planungen zur künftigen Nutzung von Zollamt und Zollspeicher in Biebrich.

3. 09-F-07-0015

Denkmal "Spielende Hengste" am Kureck

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 22.04.2009-

Die von Gerhard Marcks geschaffene Bronzeplastik "Spielende Hengste" wurde 1963 am Kureck, neben der Sonnenberger Straße 2, aufgestellt. Anlaß war der 40. Geburtstag der R+V Versicherung, die der Stadt Wiesbaden das Kunstwerk zum Geschenk machte. Seit geraumer Zeit ist das Denkmal von seinem angestammten Platz verschwunden. In der Stadtverordnetenversammlung vom 30.04.08 wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß im Jahr 2008 mit einer Wiederaufstellung zu rechnen ist und daß in naher Zukunft entschieden wird, ob das Kunstwerk an seinen alten Standort zurückkehrt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht zum derzeitigen Sachstand zu geben und die bisher ins Auge gefaßten Alternativstandorte vorzustellen.

4. 09-F-24-0001

Erklärende Beschilderung von Straßennamen

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.04.2009-

In Wiesbaden ist eine erhebliche Anzahl von Straßen nach Personen benannt, die in Geschichte, Politik, Wissenschaft und Kunst bedeutsam waren. Ferner sind Straßen nach Menschen benannt, die speziell in bzw. für Wiesbaden wichtige Leistungen erbracht oder in ihrer Zeit eine in unserer Stadt herausragende Rolle gespielt haben.

Es ist davon auszugehen, dass die Namen ohne jegliche Erläuterung für viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener und die zahlreichen Besucherinnen und Besucher unserer Stadt wenig aussagekräftig sind. Das gilt insbesondere für die Namen lokaler Größen der Vergangenheit.

Wiesbaden bewirbt sich angesichts seines Reichtums an Bauwerken aus der Epoche des Historismus darum, als Stadt des Weltkulturerbes anerkannt zu werden. Das darin zum Ausdruck kommende Wiesbadener Geschichtsbewusstsein rechtfertigt sicher auch das Anliegen, die Identität dieser Namensgeberinnen und Namensgeber offen zu legen und in ihren historischen Zusammenhang zu stellen. Es ist deshalb ein sinnvolles kulturelles Anliegen, im Rahmen einer Kurzinformation den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern und den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt zu vermitteln, um wen es sich bei den Namensgeberinnen und Namensgebern der jeweiligen Straßen handelt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- an welchen Straßen bereits Zusatzschilder angebracht sind.
- welchen Kostenaufwand es in etwa erfordern wird, die nach Personen mit lokalem Bezug benannten Straßen Wiesbadens, die noch nicht mit einem Zusatzschild ausgestattet sind, mit einem solchen zu ergänzen, das Geburts- und Todesjahr der jeweiligen Namensgeberin / des jeweiligen Namensgebers ausweist, sowie die Funktion und gegebenenfalls die Leistung und / oder Bedeutung.

5. 09-F-25-0038

Archivierung digitaler Unterlagen

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.04.2009-

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wurde seitens der Stadt die Langzeitarchivierung (d.h. für die nächsten 100 Jahre) digitaler Aufzeichnungen aus der Verwaltung in die Vorüberlegungen mit einbezogen?
- Ist gewährleistet, dass die Langzeitarchivierung von Daten, wie etwa der in § 12 Hessisches Archivgesetz normierten Querschnitte, sichergestellt werden kann?
- Wie können die für die Stadt Wiesbaden historisch wertvollen und rechtlich relevanten Unterlagen aus Datenbanken - wie z.B. die elektronische Einwohnermeldekartei oder – dauerhaft archiviert und in benutzbarer Form für den Bürger vorgehalten werden?
- Wie wird sichergestellt, dass die elektronische Vorgangsbearbeitung, die die traditionelle Papierform ablösen soll, seitens des Stadtarchivs übernommen werden kann?

6. 09-F-25-0043

Sanierung Wartburg

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Sanierung zu berichten.

7. 09-V-41-0008

DL 14/09-4

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Budget 2009

8. 09-V-41-0007

DL 14/09-3

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2008, Abschluss der Sanierungsmaßnahmen

9. 09-V-41-0006

DL 14/09-2

StaBi 2010: Änderung der vertraglichen Regelungen zu aktuellen Flächen im Weinandhaus

10. 09-V-41-0005

DL 10/09-6, 08/09-19

Künstlerinnenstipendium der Landeshauptstadt Wiesbaden

Benennung einer Vertreterin/eines Vertreters gem. Ziffer 4.

11. Sachstand Portraitgalerie ehemaliger Oberbürgermeister

Bereich Schule:

12. 09-V-40-4003

DL 14/09-1

Hess. Sonderkonjunkturprogramm - Benennung der Nachrückermaßnahmen

13. 09-F-01-0038

Heinrich-von-Kleist-Schule, Antrag auf Umwandlung in eine IGS
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.04.2009-

Die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2009 / 2010 haben erneut gezeigt, dass die Nachfrage nach IGS-Plätzen das Angebot, vor allem im Innenstadtbereich, erneut deutlich übersteigt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat als Schulträger wird aufgefordert, die von den Schulgremien beantragte Umwandlung der Heinrich-von-Kleist-Schule in eine IGS zu befürworten und die notwendigen Vorbereitungen schnellstmöglich in die Wege zu leiten sowie diese Maßnahme in den Schulentwicklungsplan aufzunehmen.

14. 09-F-06-0016

Weitere Integrierte Gesamtschule im Innenstadtbereich notwendig!
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 22.04.2009-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

Wie will der Magistrat dem weiterhin hohen Bedarf an Plätzen an integrierten Gesamtschulen im Innenstadtbereich Rechnung tragen - insbesondere auf dem Hintergrund der aktuellen Zahlen aus der Verteilungskonferenz sowie der nunmehr jahrelangen Erfahrungen, dass nicht wenige Kinder, an keiner der von Ihnen gewünschten IGS einen Platz finden und stattdessen zu einer anderen Schule geschickt werden - was in vielen Fällen zudem mit langen Schulwegen verbunden ist?

Welche Schule könnte zum Schuljahr 2010/2011 in eine Integrierte Gesamtschule umgewandelt werden?

Wo kann evtl. eine neue Integrierte Gesamtschule errichtet werden?

15. 09-F-06-0017

Belastung von Schulhofdecken mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK)
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 22.04.2009-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge eine gutachterliche Stellungnahme zur Klärung der Frage einholen, ob von PAK-belasteten Schulhofoberflächen an Wiesbadener Schulen eine gesundheitliche Gefährdung für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer ausgeht.

16. 09-F-25-0044

Gemeinsamer Unterricht
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wurde 2009 für Deutschland verbindlich. Die Konvention fordert, den gemeinsamen Unterricht (GU) von behinderten und nicht-behinderten Kindern zur Regel zu machen, schulische Bildung soll „inklusiv“ gestaltet werden. D.h. wo immer es möglich ist, sollen Behinderte die Regelschulen besuchen, dies fordern auch Sozialverbände sowie Bildungsexpertinnen und -experten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- Wie viele Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht (GU) gab es zu Beginn des letzten Schuljahres (getrennt nach Grundschulen und weiterführenden Schulen)?
- Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben keinen Platz im GU gefunden und werden in Förderschulen beschult?
- Ist die Stadt Wiesbaden mit dem staatlichen Schulamt darüber im Gespräch wie der Ausbau des GU vorangebracht werden kann?
- Wann ist mit der Einrichtung weiterer GU-Angebote an den verschiedenen Schultypen zu rechnen?

17. 09-F-25-0042

Prävention gegen Alkoholmissbrauch an Schulen
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Dem Problem verstärkten Alkoholmissbrauchs wird in Wiesbaden u.a. durch das Wiesbadener Bündnis gegen Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche verstärkt begegnet. Im Rahmen des Bündnisses arbeiten die Polizeidirektion, das Suchthilfezentrum, die Kinder- und

Jugendklinik der HSK, Stadtverwaltung und FH Wiesbaden zusammen. Der Schwerpunkt im vergangenen Jahr lag bei Aufklärungs- und Kontrollaktionen bei Veranstaltungen unter freiem Himmel (Projekt HaLt - Hart am Limit).

Ein Großteil der Zielgruppe - Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren - geht noch zur Schule. Von daher bieten sich, wie im Maßnahmenkonzept des Bündnisses auch vorgesehen, Schulen als Ort für Aktivitäten gegen den Alkoholmissbrauch besonders an.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Welche Aktivitäten zur Bekämpfung des Missbrauchs von Alkohol durch Kinder und Jugendliche gibt es an den Schulen in Wiesbaden?
- Von wem werden diese durchgeführt; welche Schwerpunkte werden gesetzt?
- Wie gestaltet sich die Vernetzung mit dem Wiesbadener Bündnis gegen Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche (Projekt "HaLt" – Hart am Limit)?

18. 09-F-25-0045

Mit dem Rad zur Schule

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20. April 2009-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Wiesbadener Schulsportverein (WSV) bei seiner Arbeit an dem Projekt "Mit dem Fahrrad zur Schule" mit fachlichem Know-How zu unterstützen, insbesondere durch Bereitstellung von digitalem Kartenmaterial und Software
- die Ausweitung des Projekts mit technischer Unterstützung des städtischen Verkehrsplaners auf weitere Schulen zu fördern.
- die geplante Einrichtung einer Internetseite über sichere Schulwege mit dem Fahrrad zu unterstützen und auf dem städtischen Internet-Angebot www.wiesbaden.de zu integrieren. Dabei sollen Beratungsangebote für Eltern über Vorteile und Risiken des Radfahrens zur Verfügung gestellt werden.
- Fahrradabstellanlagen an Schulen einzurichten bzw. zu erweitern und gegen Diebstahl zu sichern.

19. 08-F-25-0111

Zu Fuß zur Schule

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.10.2008-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0159 vom 30.10.2008

20. 07-F-01-0138

Umsetzung Sozialbericht Bildungsbeteiligung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.2007 -

ANLAGE: Bericht Dezernate VI und VII vom 02.03.2009

21. 09-F-01-0021

Selbstständige Schule
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2009

ANLAGE: Beschluss Nr. 0028 vom 12.03.2009 (ev. Sachstandsbericht)

22. Sachstand Martin-Niemöller-Schule

23. Sachstandsbericht SEP/Anmeldungen für weiterführende Schulen

24. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 09-V-41-0012

Glaskunstfenster in der Villa Clementine
ANLAGE: Bericht Dezernat V vom 02.04.2009

2. 09-V-08-0003

Musterhygieneplan gemäß § 36 Infektionsschutzgesetz
ANLAGE: Bericht Dezernat VIII vom 02.03.2009

3. 09-V-40-0402

DL 12/09-11

Peter-Rosegger-Schule - Sanierungsmaßnahmen

4. 09-V-40-0009

DL 12/09-10

Krautgartenschule, Mehrkosten Turnhalle

5. 07-V-51-0027

DL 14/08-1, 29/07-5 , 24/07-4

Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule
Genehmigung der Maßnahmen 22 bis 25

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nehrbaß
Vorsitzender